

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RMK. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RMK. jährlich 18 RMK. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Werbungen und Geschäftsbesprechungen entgegen. Im Krieg oder sonstigen Verhältnissen erfolgt kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung eingekaufter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto befreit.

Anzeigenpreis: die 4erpoltrige Raumzeile 20 Pf., die 4erpoltrige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4erpoltrige Reklameweile im täglichen Teil 1 RMK. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit festgesetzt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Reichweite der Zeitung werden nur dann angenommen, wenn der Auftraggeber in Kenntnis tritt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 148 — 91. Jahrgang

Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 27. Juni 1932.

Berdächtiges Lob.

Eine nette Anekdote erzählt man sich von Bismarck. Als junger Abgeordneter hielt er in einer Versammlung eine Rede, die plötzlich von Beifallsstößen unterbrochen wurde. Betroffen wandte er sich an seine Begleiter mit den Worten: „Die Leute klatschen, habe ich eine Dummheit gesagt?“ Ein solcher Verdacht, nicht richtig gehandelt zu haben, steigt dem misstrauisch gewordenen Deutschen unwillkürlich auf, wenn er den in der englischen und französischen Presse plötzlich auftauchenden Optimismus über den Verlauf der Lausanner Konferenz sieht. Unsere Gegner loben uns darin zu sehr und „wir fürchten die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen“. Wir können bisher keinen Grund zur befremdeten Hoffnungslosigkeit erblicken, würden uns aber freuen, wenn der weitere Verlauf der Verhandlungen uns Unrecht geben würde. Der „Silberstreif“, den das Ausland am Horizont von Lausanne bereits erblicken will, besteht eigenartigerweise nicht in der Streichung der Reparationen, sondern man geht um dieses heisse Eisen vorsichtig herum und spricht von der Möglichkeit eines Einvernehmens zwischen England, Frankreich und Deutschland, durch das eine „Erleichterung in der internationalen finanziellen Lage“ erreicht werden könne. Das ist aber für Deutschland zu wenig. Es handelt sich für uns nicht um irgendwelche Auslöschung oder Erleichterung der Tribuntlasten, sondern um ihre restlose Streichung. Unter dem Druck der Krise ist unser Volk nicht nur im Augenblick unfähig, diese finanziellen Anstrengungen zu machen, sondern auch davon überzeugt, daß sich eine Möglichkeit dazu niemals ergeben wird. Jeder Regierungschef, der ihm noch von Reparationen sprechen würde, ganz gleich, ob es sich um die nahe oder die ferne Zukunft handelte, würde Gefahr laufen, hinweggefegt zu werden, wie es der deutsche Außenminister sehr richtig in einer Unterredung betont hat. Aus diesen Gründen steht sich die deutsche Abordnung verpflichtet, die These der vollständigen Annulierung zu verteidigen. Der Young-Plan ist uns derzeit unbeliebt geworden, daß jede, wenn auch sehr abgefeimte Wiederaufnahme seiner Zahlungen von der Öffentlichkeit als unannehmbar angesehen wird. Die Streichung der Tribute muß die Basis sein, auf dem ein europäischer Wiederaufbau vorgenommen werden kann, nicht umgekehrt eine Verringerung der internationalen finanziellen Lage als Bedingung für die Reparationsstreichung. Sowie eine solche eintreten und sich auf Deutschland erstrecken würde, würde das an dem Faden des sogenannten Wohlstandskinderes aufgehängte Damoklesschwert der Reparationen auf uns wieder herabfallen.

Nach endgültiger Beseitigung dieser Gefahr für Deutschland wäre eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mächte mit Deutschland möglich; diese könnte auf verschiedene Gebiete ausgedehnt werden und damit allen eine Entschädigung bieten. Aber erst die bedingungslose Streichung, damit Deutschland als gleichberechtigter Partner und ungefeilt mitarbeiten kann an der Beseitigung der Weltkrise. Man wird erkennen, daß das von der Tribuntnechenschaft befreite Deutschland ein wichtiger und bereiter Helfer ist, ohne den andererseits auch nichts Wirkames gegen die Hydra der Krise ausgerichtet werden kann.

Aber Gile tut not, und ein nicht wieder gutzumachender Fehler würde es sein, die Verhandlungen sich wieder ins Uferlose ausdehnen zu lassen. Die Regierungen der Welt befinden sich heute in der Lage des Römertätigs Tarquinius Superbus, dem die Sibille neun Bücher zu einem außerordentlich hohen Preis anbot. Der König lehnte den Preis ab. Darauf verbrannte die Sibille die ersten drei Bücher und bot die restlichen sechs zu dem gleichen Preise an, was der König wiederum ablehnte. Schließlich nahm er die übrigbleibenden drei Bücher zu einem Preise, zu dem er zuerst alle neun Bücher hätte bekommen können. So ergeht es heute der Welt mit der Frage der Lösung des Problems der Reparationen und der interalliierten Schulden. Jeder Monat der Verzögerung dieser Lösung wird den Preis ansichwellen lassen. Er ist sicher heute schon doppelt so hoch, wie er voriges Jahr gewesen wäre, und er wird im nächsten Jahr noch einmal doppelt so hoch sein, wie er heute ist.

Die kleinen Staaten und die Abrüstung.

Einberufung des Hauptauschusses erst am 5. oder 7. Juli? Die Vertreter mehrerer kleiner europäischer Staaten haben sich mehrmals zu gemeinsamen Beratungen über die Abrüstungsfrage zusammengefunden. Es handelt sich um Vertreter von Spanien, Norwegen, Schweden, Dänemark, der Schweiz, Holland, Belgien und der Tschechoslowakei. Die Besprechungen sollen eine einheitliche Auffassung hinsichtlich der Frage der qualitativen Abrüstung, der Abrüstungskontrolle und der privaten Waffenherstellung ergeben haben. Namentlich sollen die Vertreter der genannten Länder bei diesen Besprechungen übereingekommen sein, demnächst im Hauptauschuss der Konferenz für die Abschaffung der schwersten Munitionswaffen einzutreten.

Morgen innerpolitische Notverordnung

Das bayerische Rein.

In einer längeren Rede begründete der Ministerpräsident Dr. Held die Haltung der Regierung. Er betonte, daß die bayerischen Verordnungen zu Recht beständen, auch nicht dem Reichsrecht widersprächen, sondern nur mit der gegenwärtigen Reichspolitik nicht im Einklang ständen. Bayern befürchte bei Aufhebung der Verbote die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes,

der auch gegen den Willen der politischen Führer kommen könne und durch den das Reich tödlich getroffen werden müßte. Die Verantwortung für die Beschlüsse der Reichsregierung könne die bayerische Regierung nicht übernehmen, diese Verantwortung sei zu schwer, und müßten von denen übernommen werden, die auf der Durchführung der Beschlüsse beständen. Die bayerische Regierung stehe und bleibe auf dem Boden der Reichsverfassung.

Wie auch die Entschlüsse der Reichsregierung ausfallen mögen, und sie werde im Rahmen des Reichsrechts mit allen Mitteln gegen jeden Bruch der Rechtsordnung und gegen alle Störungsversuche einschreiten.

In der Entschließung des Landtags heißt es u. a., ein Eingriff des Reiches, der die bayerischen Schutzmaßnahmen zerstören würde, könne nur mit Rücksicht auf die parteipolitischen Wünsche einer einzigen Gruppe begründet werden. Diese Rücksicht würde dann höher eingeschätzt als das polizeiliche Hoheitsrecht der Länder.

Was wird das Reich jetzt tun?

Durch die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held im Landtag in München ist nun die Reichsregierung in Berlin unterrichtet, daß Bayern es ablehnt, dem Wunsch des Reichsinnenministers nachzukommen und das Uniform- und Demonstrationsverbot in Bayern auszuheben. Die gleiche Antwort wird Berlin wohl auch aus Stuttgart und Karlsruhe erhalten. Die bayerische Regierung betont, sie werde an ihrer Sonderregelung so lange festhalten, bis sie durch eine besondere Notverordnung des Reiches aufgehoben wird; dann werde man sich fügen, entsprechend der Bestimmung der Reichsverfassung, daß Reichsrecht vor Länderrecht gehe, aber die Verantwortung für die Folgen müßte Berlin ganz allein tragen. Ähnliches werden auch die Regierungen der anderen süddeutschen Länder sagen.

Was wird darauf die Reichsregierung tun? Zunächst will, wie verlautet, der Reichsinnenminister abwarten, bis er die Antworten aus allen deutschen Ländern hat, er will ja nicht nur die Meinungen der Süddeutschen hören. Diese Antworten erwartet man für Montag. Möglicherweise findet dann noch einmal eine Konferenz statt, bevor sich die Reichsregierung zu neuen Maßnahmen entschließt.

Zumersch in läßt der Reichsinnenminister betonen, daß die Reichsregierung an der Linie festhalte,

die sich durch die Notverordnungen vorgezeichnet habe. Das soll jedoch nicht bedeuten, daß den Ländern die Möglichkeit genommen wird, für die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit in ihren Gebieten zu sorgen. Es ist dabei zu beachten, daß der Reichsinnenminister ja keine Polizei macht hinter sich hat, die Polizei untersteht dem Kommando der Länderregierungen. Diese Tatsache muß natürlich auch die Reichsregierung in Rücksicht ziehen. Dazu kommt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sehr verschieden liegen. So hat der Streit um die Uniform für Württemberg z. B. keine Bedeutung, weil Württemberg nie ein Uniformverbot hatte. Auch die Bestimmungen über

die Demonstrationsverbote

sind in den einzelnen Ländern sehr verschieden geregelt. Die Reichsregierung wird sich zweifellos bemühen, einen Mittelweg zu finden, der sowohl ihrer Absicht als auch den Verhältnissen in den Ländern soweit wie möglich Rechnung trägt.

Sitzung des Reichskabinetts.

Die Kabinettsitzung vom Sonnabend, an der der Reichskanzler von Papen teilnahm, dauerte von 17 Uhr bis um 21 Uhr. Über diese Beratung wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Der Reichskanzler berichtete über die von der deutschen Delegation in Lausanne geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinetts. Auch den vom Reichskanzler vorgeschlagene weiteren Absichten der deutschen Delegation stimmte das Reichskabinetts einmütig zu.

Im Anschluß hieran erstattete der Reichsminister des Innern Bericht über seine Verhandlungen mit den Länderregierungen.

Reichskanzler von Papen hat in seinem Bericht über die Lausanner Besprechungen auf die verschiedenen Vorschläge zur Lösung der Tributfrage hingewiesen; der von ihm vertretene Standpunkt in der Tributfrage — daß

Deutschland keine Tribute mehr leisten kann und daß in dieser Frage kein Kompromiß möglich ist — fand die einmütige Zustimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder. Der Kanzler wird sich also auch weiterhin in Lausanne dafür einsetzen, daß eine sofortige Lösung im Sinne einer Beseitigung der Tributbelastung erzielt wird.

In der Frage des Uniform- und Demonstrationsverbotes

hat das Kabinettsmitglied des Innenministers von Gahl keinerlei Beschlüsse gefaßt, da bekanntlich die Frist, bis zu der die Länder ihre Stellungnahme zu der Aufhebung des Uniformverbotes nach Berlin gegeben haben müssen, erst am Dienstag abläuft.

Es dürfte jedoch innerhalb des Reichskabinetts die Einmütigkeit darüber hergestellt worden sein, was für Maßnahmen zu ergreifen sind, falls die süddeutschen Länder bei ihrer ablehnenden Haltung verharren. Beschlüsse hierüber werden erst Mitte nächster Woche gefaßt werden. Inzwischen zurückerwartet in dem Reiches in diesen Fragen kann jedoch als ausgeschlossen gelten.

Der Kanzler stellt französische Verdrehungen richtig.

Der Reichskanzler erklärte unter Bezugnahme auf die Veröffentlichungen in der französischen Presse über die Unterhaltungen in Lausanne, er habe mit den Vertretern der ausländischen Presse nicht von einem Recht Frankreichs auf Kompensationen für den Verlust der Reparationszahlungen gesprochen, aber wiederholt betont, daß die Wiederaufnahme der Weltwirtschaft ein Zusammenarbeiten besonders zwischen Deutschland und Frankreich fordere — eine Zusammenarbeit, aus der für Frankreich bessere und greifbare Vorteile erwachsen würden, als die Fortführung irgendwelcher Reparationszahlungen. Wenn man also die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen wolle, dürfe man nicht bei der Beseitigung der politischen Tribute und Zahlungen stehen bleiben, sondern müsse konstruktive Maßnahmen ins Auge fassen. In dieser gemeinsamen Anstrengung sei Deutschland bereit, zu seinem Teil nach Kräften beizutragen.

Reichskanzler von Papen ist Sonntag 16,22 Uhr mit dem jahresplanmäßigen Zuge wieder nach Lausanne abgereist.

Von Papen beim Reichspräsidenten.

Berichterstatter über Lausanne.

In Berlin fand eine Ministerbesprechung statt, in der über Lausanne verhandelt wurde. Der Reichskanzler, der über das Wochenende nach Berlin zurückgekehrt ist, erstattete seinen Ministerkollegen über die Entwicklung der Lausanner Verhandlungen Bericht. Ausschlaggebend hielt der Reichskanzler dem Reichspräsidenten den Vortrag.

Zwischenspiel in Lausanne.

Der sitzungsfreie Sonnabend war auf der Reparationskonferenz nach der Abreise von Papens und Herriots hauptsächlich internen Besprechungen innerhalb der einzelnen Abordnungen gewidmet. Auf deutscher und französischer Seite fanden zunächst Vorbereitungen für die dritte deutsch-französische Sitzung statt. Reichsaußenminister von Neurath wurde von Macdonald zu einer Unterredung in das Hotel Beau Rivage gebeten, die bereits in den frühen Morgenstunden begann. Es besaß der Eindruck, daß hierbei von deutscher Seite ein gewisses Besremden über die Haltung der englischen Regierung in der Reparationsfrage zum Ausdruck gebracht wurde, da die englische Regierung entgegen ihren ursprünglichen Versprechungen jetzt ihre Haltung fortgesetzt ändert, ohne selbst für sie von ihr als notwendig erkannte sofortige Negehung der Reparationen energisch einzutreten.

Der italienische Außenminister Grandi hat ferner Macdonald eine Denkschrift über den italienischen Standpunkt der Reparationsfrage übermittelt, deren Inhalt eine weitgehende moralische Unterstützung der deutschen Auffassung darstellt.

Reichsbankpräsident Luther, der an den offiziellen Verhandlungen der Lausanner Konferenz nicht teilgenommen hat, kehrte nach Berlin zurück.

Der Eindruck der außerordentlich ersten und spannen Laac der Konferenz hält meluac.